

PRESSEMITTEILUNGPRESSESPRECHER
Torsten HaaseLandeshaus, 24100 Kiel
Telefon 0431-988-1440
Telefax 0431-988-1444
E-mail: info@cdu.ltsh.de
Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Bildungspolitik

TOP 12**Jost de Jager:****Kein multireligiöses Mischmasch in Schulen**
– Religionsunterricht unverzichtbar

Die CDU-Fraktion hat die Große Anfrage im Frühjahr diesen Jahres gestellt, weil wir Anlass zur Sorge um den Zustand des Faches Religion hatten. Diese Sorgen speisten sich aus einer ganz besonders schlechten Unterrichtsversorgung, aus rückläufigen Anwärterzahlen für das Lehramt Religion an den Hochschulen und aus einer nachlassenden Nachfrage an Lehrern mit der Fakultas Religion aus den Schulen selbst. Die Antworten auf unsere Große Anfrage bestätigen diese Entwicklung.

Hinzugekommen ist in den vergangenen Wochen die Sorge um die Zukunft des Faches Religion insgesamt. Ich beziehe mich dabei auf den erneuten Vorstoß von Teilen der Grünen, das Fach Religion durch ein Fach Lebenskunde-Ethik-Religion (LER) zu ersetzen. Ich sage Ihnen: Das Fach LER läuft ins Leere. Mit uns ist eine Abschaffung des Religionsunterrichtes nicht zu machen.

Man muss wissen: Die Ursprünge dieses Faches gehen zurück auf den letzten Tag der DDR. Am 02. Oktober 1990 verabschiedete das Bildungsministerium der DDR die Empfehlungen zur Einführung eines Unterrichtsfachs Lebensgestaltung-Ethik an den Schulen ostdeutscher Länder. Vier dieser ostdeutschen Länder entschieden sich allerdings für den konventionellen Religionsunterricht. Nur das Bundesland Brandenburg nahm die Empfehlung des DDR-Bildungsministeriums auf und beschloss am 19. November 1990 die Einführung dieses Faches.

In diese Tradition stellen sich die Grünen in Schleswig-Holstein.

Und das unter völlig anderen Umständen. Zur Begründung der Einführung von LER in Brandenburg sagte der damalige Ministerpräsident Stolpe, dass damals nur noch 25 % der Kinder in Brandenburg konfessionell gebunden seien. Diese Grundvoraussetzung gilt für Schleswig-Holstein nicht. In Schleswig-Holstein gehören immer noch etwa 80 % der Menschen einer der beiden großen Kirchen an.

Ich habe den Eindruck: Diejenigen, die den Religionsunterricht durch LER ersetzen wollen, haben nicht die Religionsfreiheit an Schulen vor Augen, sondern Schulen frei

von Religionsunterricht. Dazu sagen wir nein. Wir glauben an den Religionsunterricht, weil wir inhaltlich der Überzeugung sind, dass er das leistet, was in einer modernen Welt notwendig ist.

Das Fach Religion ist kein Konfirmandenunterricht im Klassenzimmer und es ist im Unterschied zu den Auffassungen der Grünen auch kein Bruch mit dem weltanschaulich neutralen Staat. Vielmehr ist der Religionsunterricht Ausdruck einer wirklich umfassenden Bildung. Seine Legimitation folgt aus der Verpflichtung des Staates, gerade wegen seiner weltanschaulichen Neutralität als Veranstalter des Schulwesens, religiöse Bezüge als Erfahrungsgut des Schülers nicht auszublenden, sondern in das auf ganzheitliche Persönlichkeitsbildung ausgerichtete Unterrichtsprogramm fachlich einzubeziehen. Dieses Erfahrungsgut ist für die allermeisten Kinder hier bei uns nun einmal christlich und unabhängig davon leben wir in einer nun einmal eindeutig christlich geprägten Kultur.

Ebenso klar ist aber auch, dass das Erfahrungsgut der meisten Zuwanderer durch andere Religionen geprägt ist, vorwiegend dem Islam. Und aus diesem Grund fordert die CDU-Fraktion schon seit langem die Einführung eines deutschsprachigen Islamunterrichts an den Schulen in Schleswig-Holstein. Leider müssen wir der Antwort auf unsere Große Anfrage entnehmen, dass die Landesregierung dabei überhaupt nicht weitergekommen ist.

Unser Verständnis von Integration ist hingegen, dass die unterschiedlichen Religionen hier in Deutschland einen gleichen Anspruch auf Religionsunterricht an staatlichen Schulen unter den Bedingungen einer staatlichen Schulaufsicht haben. Darin unterscheiden wir uns, weil wir glauben, dass LER zu einem multireligiösen Mischmasch führen würde, in dem sich niemand mehr wohl fühlt.

Was die Landesregierung über LER denkt, wissen wir nicht genau. Auf unsere Frage „Wie steht die Landesregierung zum Fach LER in Brandenburg?“ lautet die Antwort: „Die Landesregierung hat zur Kenntnis genommen, dass das Land Brandenburg zu einer seiner historischen, gesellschaftlichen und rechtlichen Situation gerecht werdenden Gestaltung dieses Lernbereichs im Einvernehmen mit den christlichen Kirchen gefunden hat“. Das ist keine Antwort. Ich denke, dass Sie, Frau Ministerin Erdsiek-Rave, heute die Gelegenheit wahrnehmen sollten, hier vorne eindeutig sich zu dem Fach LER in Schleswig-Holstein zu äußern.

Der konfessionelle Religionsunterricht wird immer wichtiger als Ort der Auseinandersetzung mit Werten in einer modernen Welt. Er ist genauso wichtig, um Kenntnisse über unsere Kultur zu vermitteln. Wenn 2/3 der Befragten einer Umfrage nicht mehr wissen, was Pfingsten ist oder Deutschlehrer klagen, dass religiöse Bezüge in literarischen Texten unverstanden bleiben, ist Religion als „Wissensfach“ unverzichtbar.

Wegen dieser Bedeutung muss er „mainstream“ bleiben und darf nicht Minderheitenfach werden. In der Berufsschule ist das Religionsgespräch inzwischen Minderheitenfach geworden – und zwar mangels Angebot.

Der Zustand des Religionsunterrichts in Schleswig-Holstein steht in einem umgekehrten Verhältnis zu seiner Beliebtheit. Laut Umfragen befürworten 82 % der Befragten Religionsunterricht an den Schulen. Bundesweit liegen die Abmeldungen von dem konfessionellen Religionsunterricht bei unter 5 %. Im Vergleich dazu lesen sich die Zahlen der Großen Anfrage ernüchternd.

Wenn es überhaupt Zahlen gibt. Denn die Lückenhaftigkeit des Datenmaterials lässt mich daran zweifeln, dass das Bildungsministerium überhaupt einen Überblick über die Situation im Fach Religion hat. Ein Beispiel dazu: Es ist mir schleierhaft, warum das Ministerium zwar die Zahl derjenigen Schüler kennt, die das Fach Religion nicht belegen, aber keine Auskunft erteilen kann, wie viele Schüler tatsächlich am Religionsunterricht teilnehmen.

Das was wir wissen, stimmt uns allerdings sorgenvoll. Das Fach Religion leidet in besonderem Maße unter der schlechten Unterrichtsversorgung an den Schulen. Und es zeigt sich an den rückläufigen Bedarfsanmeldungen der Schulen an das Ministerium hinsichtlich der Fächerkombination der Lehrkräfte. Das Ministerium bestätigt diese Entwicklung. Sie lässt sich allerdings nicht erklären durch ein Nachlassen des Interesses der Schülerinnen und Schüler oder der Eltern an dem Fach, sondern vielmehr ist Religion der Verlierer im Verteilungswettkampf um Lehrerplanstellen in Zeiten einer allgemeinen Unterrichtsunterversorgung. Bei der Wahl zwischen einer Fächerkombination Deutsch und Mathe oder Deutsch und Religion entscheiden sich eben viele Schulen für das erstere. Dies darf man nicht den Schulen in die Schuhe schieben. Ein verantwortliches Bildungsministerium darf einen solchen Verteilungswettkampf nicht zulassen.

Geradezu bedrohlich ist die Entwicklung in dem Bereich des Lehrernachwuchses. Der Großen Anfrage können wir entnehmen, dass nur die Hälfte des erforderlichen Bedarfs von 1.100 Lehrern bis 2008 gegenwärtig ausgebildet wird, nämlich lediglich 480. Innerhalb der Schularten haben wir dabei ganz unterschiedliche Entwicklungen. So ist zum Beispiel die Zahl der Erstsemester für das Lehramt Grund- und Hauptschule in den vergangenen zehn Jahren von 157 auf 23 eingebrochen. Mitauslöser dafür ist allerdings eine politische Entscheidung, nämlich die Zahl der Fächer von drei auf zwei zu verringern. Gleichwohl werden diese Lehrer fehlen, weil auch die Weiterbildungsveranstaltungen und Fortbildungsveranstaltungen diesen Mangel bei Weitem nicht ausfüllen können, sondern ebenfalls rückläufig sind, was allerdings nicht verwundert, wenn man sich die rückläufige Nachfrage an Religionslehrer durch die Schulen ansieht.

Das Land wird seiner Fürsorgepflicht für dieses Unterrichtsfach in weiten Teilen nicht gerecht, etwa wenn ich mir ansehe, dass im katholischen Religionsunterricht bereits jetzt die Hälfte des Unterrichts von Lehrern gegeben wird, die im Dienst der Katholischen Kirche stehen und nicht mehr des Staates.

Religion ist das einzige Schulfach mit Verfassungsrang. Es gibt eine Verpflichtung des Staates, ihn zu gewährleisten. Es wäre allerdings nicht ehrlich, alleine die Landesregierung in die Pflicht zu nehmen. In der Pflicht sind ebenfalls die Eltern, die Schulen und die Kirchen selbst. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Kirchen schon alle Möglichkeiten aus dem Staatskirchenvertrag ausgeschöpft haben. Ich verweise auf eine Kampagne der Kirchen für Religionsunterricht in Nordrhein-Westfalen.

Wir glauben, die teilweise besorgniserregenden Zustände des Fachs sind kein Grund, über seinen Ersatz nachzudenken. Der Religionsunterricht muss wieder auf Vordermann gebracht werden; er ist von seinen Inhalten unverzichtbar. Dazu fordern wir die Landesregierung auf.